Nummer 277

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 73. Jahrgang. Sonnabend, 16. Juni 1928

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis. Praxis des Arbeitsrechts. Deutsche Wirtschaftszentren, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten | Für Manuskripte keine Verantwortung | Flugsport und Luftverkehr, Am Steuer des Kraftwagens, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen" mit Roman | Unverlangt keine Manuskripte einsenden

Verantwort. Leiter Handelsteil: Walther Funk. Politischer Teil: Dr. Richard Jügler. Kunst und Wissenschaft: Hans Köppen. Lokales und Sport: Eberhart Kentner. Inseratenteil: Christian Hagen, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2440, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,20 Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugspreis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifbandsendung oder Postüberweisung. Postüberweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich und Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im II. Quartal 1928 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 250 frans. Francs, Belgien 42 Belga, Schweiz 40 schweizerische Franken, Holland 16 holländ. Gulden, Dänemark 22 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 140 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos. Serbien 500 Dinare, Oesterreich 36 Schillinge, Litauen 30 Lits, Lettland 30 Lat, Finnland 250 finnische Mark, Estland 2300 estländische Mark, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412.

Polens voller Erfolg in Paris.

Die Gefahr des Ostlocarno.

TU **Paris**, 15. Juni.

Pariser polnische diplomatische Kreise bestätigen nunmehr, daß Zaleski in seinen Unterredungen, die er mit Poincaré und Briand hatte, die Anschauung vertrat, daß die Besetzung der Rheinlande eine allgemeine Garantie des territorialen status quo in Europa bilde, und zwar nicht nur für den Westen, sondern auch für den Osten Europas. Die polnische Regierung sei aus diesem Grunde an der Rheinlandräumung in gleicher Weise interessiert wie Frankreich und Belgien. Nach der Auffassung der polnischen Regierung dürfte einer Räumung des Rheinlandes nur dann zugestimmt werden, wenn Deutschland einer Sicherung der deutsch-polnischen Grenze in gleichfeierlicher Weise zustimme, wie dies durch den Locarnovertrag für die Grenzen zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und Belgien andererseits geschehen sei. Wie hierzu behauptet wird, hat Zaleski für seine Auffassung die Zustimmung Briands und Poincarés erhalten. Wie weiter versichert wird, hat der polnische Außenminister in Brüssel die gleiche Anschauung erfolgreich vertreten.

*

Diese Meldung bestätigt die vorgestern an dieser Stelle geäußerte Vermutung, daß es der Hauptzweck der Reise Zaleskis nach Paris und Brüssel gewesen ist, durchzusetzen, daß das Problem der Rheinlandräumung mit der polnischen Ostlocarno-Forderung verknüpft wird. Auf der Septembertagung des Völkerbundrates wird, wenn Deutschland die aus der Locarnopolitik sinngemäß und ohne Verbindung mit derartigen Bedingungen sich ergebende Forderung nach baldiger Rheinlandräumung stellt, also der Zusammenprall erfolgen müssen. Jede deutsche Regierung, dies es wagt, von der bisherigen Haltung Deutschlands der polnischen Ostlocarno-Forderung gegenüber abzugehen, würde von einem Volkssturm der Empörung weggefegt werden.

Das „Non possumus" der Kleinen Entente.

TU **Belgrad**, 15. Juni.

Der rumänische Außenminister Titulescu empfing Freitag nachmittag die Vertreter der Presse, um ihnen Erklärungen über die Politik der Kleinen Entente abzugeben. Die Kleine Entente sei, wenn auch nur eine Abwehr-Organisation, der erste Zusammenschluß von Staaten zur Aufrechterhaltung der Umbildung Europas nach dem Kriege. Jugoslawien und Rumänien hätten gleiche Interessen in allen politischen Fragen. Aber der Hauptzweck einer dauernden Vereinigung sei die Erhaltung des Friedens im Rahmen der Friedensverträge. Seine Erhaltung sei eine absolute Notwendigkeit für ganz Europa. Es könne keinen Frieden geben, wenn man sein absolutes Vertrauen in die Dauerhaftigkeit der gegenwärtigen Verhältnisse habe. Die Kleine Entente habe dieses Vertrauen. Ihr Vertrauen in die Unantastbarkeit der Friedensverträge sei nicht bloß nationaler Egoismus oder Verblendung, denn die Unantastbarkeit der Verträge liege im Interesse aller und nicht im Interesse der Kleinen Entente, für die sie allerdings eine Bedingung sine qua non ist. Mögen die gegenwärtig geltenden Verträge auch viele Unvollkommenheiten besitzen, so müsse man bedenken, daß sie von Menschengeist geschaffen worden sind. Im Rahmen der Friedensverträge gebe es keine Nation, mit der die Kleine Entente nicht ein freundschaftliches Verhältnis herzustellen gewünscht hätte. Wenn aber der Preis der Freundschaft die Aufgabe des territorialen Besitzes sein soll," fuhr der Minister darauf wörtlich fort, „so antworten wir mit den kategorischen Worten: Non possumus."

Bei dieser Gelegenheit kann ich nicht umhin, meiner Genugtuung darüber Ausdruck zu geben, daß die Beziehungen zwischen Jugoslawien und Italien sich in jener Richtung bewegen, die die allgemeinen Interessen Europas ebenso wie die besonderen Interessen dieser beiden Staaten erheischen. Ich glaube nichts neues zu sagen, wenn ich nochmals behaupte, daß Rumänien jener Staat ist, der vor allen anderen Staaten am meisten daran interessiert ist, daß die Beziehungen zwischen Jugoslawien und Italien gut sind.

— **Demokraten bei Lloyd George.** Lloyd George hat die Demokraten Europas zu einer Tagung nach London eingeladen, die vom 5. bis 8. Juli stattfinden soll. Die von den einzelnen Ländern entsandten Delegierten werden Gäste der englischen Liberalen sein. Eine Reihe von Mitgliedern der demokratischen Reichstags- und Landtagsfraktionen wird der Einladung Folge leisten. U. a. ist, wie wir hören, eine Aussprache über ein demokratisches Agrarprogramm in Aussicht genommen

Müller-Franken in der Sackgasse.

Noch immer kein Ausweg gefunden.

Die Verhandlungen über die Regierungsbildung im Reiche haben gestern zwar ihren Fortgang genommen, doch den Charakter schleppender Langsamkeit beibehalten. Nach Schluß des Plenums fand gestern abend zunächst eine kurze Besprechung zwischen Dr. Stresemann und dem Fraktionsvorstand der Deutschen Volkspartei statt und im Anschluß daran eine volksparteiliche Fraktionssitzung, an der aber Dr. Stresemann nicht mehr teilnahm. In einem über die volksparteilichen Beratungen herausgegebenen parteioffiziösen Kommuniqué wird festgestellt, „daß die Fraktion noch wie vor zur Fortsetzung der Verhandlungen über die Regierungsbildung in bezug auf die materiellen Fragen bereit sei". Inzwischen — so heißt es weiter — hoffe man die Preußenfrage weiter im Sinne der bekannten Stellungnahme der Partei zu klären. Die nächste Sitzung der volksparteilichen Fraktion ist für Montag in Aussicht genommen. Abg. Müller-Franken hat gestern abend nicht mehr verhandelt, sondern für heute vormittag die Fraktionsführer zu einer neuen Besprechung gebeten.

Die Lage hat sich also seit dem Mittwoch kaum verändert. Daß die Deutsche Volkspartei nicht die Tür zu weiteren Verhandlungen zuschlagen würde, war ebenso zu erwarten wie, daß sie auf eine Klärung der Preußenfrage in ihrem Sinne bestehen würde. Wie das geschehen soll, ist im Augenblick aber noch nicht zu übersehen. Sicher ist nur, daß die Idee einer vom Reichstag ausgehenden Fühlungnahme mit den preußischen Landtagsfraktionen endgültig aufgegeben worden ist. Irgendein offizieller Schritt in dieser Richtung ist von keiner Seite mehr zu erwarten. Dagegen scheinen inoffizielle Bemühungen im Gange zu sein, die darauf hinauslaufen, unabhängig von den Reichstagsverhandlungen eine Aussprache zwischen den Landtagsfraktionsvorständen der Deutschen Volkspartei und der preußischen Regierungsparteien zu arrangieren, in der der Versuch gemacht werden soll, die von den preußischen Regierungsparteien seinerzeit im Landtag abgegebene sehr vage Erklärung, daß man „zu gegebener Zeit" über eine Umbildung der Preußenregierung verhandeln wolle, präziser und substantieller zu gestalten. Man hofft offenbar, auf diese Weise jeden Anschein eines vom Reichstag kommenden Druckes zu vermeiden und dadurch auch den preußischen Ministerpräsidenten Braun einem größeren Entgegenkommen gegenüber der Deutschen Volkspartei geneigter zu machen. Die meisten der in Frage kommenden preußischen Fraktionsvorstände befinden sich zwar zur Zeit nicht in Berlin, doch ist man der Ansicht, daß sie einer telegraphischen Einladung Folge leisten würden. Der Erfolg des Planes, für den man sich anscheinend besonders stark in demokratischen Kreisen einsetzt, bleibt natürlich abzuwarten.

Riclin und Rossé als französische Abgeordnete bestätigt.

Frankenstabilisierung und Erhöhung der Lebenshaltungskosten. Völkerbundskontrolle als Fortsetzung des Versailler Diktats.

EP **Paris**, 15. Juni.

Die Kammer hat zu Beginn der heutigen Nachmittagssitzung ohne Debatte die Wahl von Riclin und Rossé als Abgeordnete bestätigt. Die Validierung ging so vor sich, daß der Kammerpräsident die Namen aller Abgeordneten verlas, deren Wahl von der Wahlprüfungskommission zur Bestätigung vorgeschlagen wurde. Da auf die Frage ob Einwendungen gegen die vorgeschlagene Validierung erhoben würden, sich niemand zum Wort meldete, wurden auch Riclin und Rossé als Abgeordnete anerkannt.

Die Bestätigung bedeutet nun allerdings nicht, daß die beiden Abgeordneten sofort aus dem Gefängnis entlassen werden müssen, um ihnen zu ermöglichen, sofort an den Kammersitzungen teilnehmen zu können. Solange das Strafurteil des Berufungsgericht nicht entschieden haben wird, kann in dieser Beziehung nichts Neues geschehen. Der heutige Kammerbeschluß bedeutet aber vor allem, daß das Abgeordnetenmandat von Riclin und Rossé als zu Recht bestehen bleibt, und daß es somit nicht zu Neuwahlen in ihren beiden Wahlkreisen zu kommen braucht, wie vielfach angenommen wurde.

Weiterhin trat die Kammer in die nach Verlesung der Regierungserklärung übliche

Debatte über die allgemeine Politik der Regierung

ein. Der Linksrepublikaner Rollin entwickelte seine Interpellation, in der er sich besonders mit der Wohnungspolitik befaßte. Er wies auf die in Deutschland auf diesem Gebiet gemachten Anstrengungen hin und warf der Regierung die Unzulänglichkeit ihrer Maßnahmen vor. Der Sozialist Vincent Auriol forderte bei der Begründung seiner Interpellation über die allgemeine Politik eine restlose Liquidierung der Kriegsfolgen, auch soweit die Räumung des Rheinlandes in Frage komme. Er habe in der Regierungserklärung nähere Angaben über die Räumungsfrage, sowie über das Problem der alliierten Schulden vermißt. Ferner wünschte der Redner Mitteilungen über das Datum und den Sitz der bevorstehenden Stabilisierung, von der er Rückwirkungen auf die Lebenshaltungskosten befürchtete. Unter dem Beifall der Linken äußerte der Redner seine Befriedigung darüber, daß an der Spitze der künftigen Reichsregierung der Sozialist Müller stehen werde, so daß man hoffen könne, die deutsch-französische Annäherung zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Bei der Regelung der Schuldenfrage müßten auch die deutschen Reparationsschulden herabgesetzt werden. Locarno sei nicht genug, man müsse den Krieg ächten. Wenn im Jahre 1935 die territorialen Garantien des Versailler Vertrages ein Ende nähmen, müsse die Sicherheit der Kontrolle des Völkerbundes anvertraut sein. Der Redner forderte weitere Rüstungseinschränkungen, die Organisation des wirtschaftlichen und internationalen Friedens, sowie die Schaffung einer internationalen Emissions- und Wechselbank.

Nach ihm ergriff der Radikale Margaine das Wort zu seiner Interpellation über die Wirtschaftspolitik der Regierung. Er gibt der Befürchtung Ausdruck, daß die Stabilisierung eine bedeutende Erhöhung der Lebenshaltungskosten nach sich ziehen werde. Poincaré erklärte darauf, daß diese sich auch ohne die Stabilisierung kaum vermeiden lassen werde und kündigte einen Gesetzentwurf gegen die ungesetzliche Preistreiberei an.

Darauf vertagte sich die Kammer auf Dienstag.

Riclin und Rossé beantragen Haftentlassung.

EP **Paris**, 15. Juni.

Wie aus Colmar gemeldet wird, haben die autonomistischen Abgeordneten Riclin und Rossé bei der dortigen Anklagekammer den Antrag auf vorläufige Haftentlassung gestellt. Die Anklagekammer wird nächstens „in völliger Unabhängigkeit", wie die Pariser Blätter sich ausdrücken, über diesen Antrag entscheiden.

Was man sich in Deutschland nicht einbilden darf.

Paris, 15. Juni.

Auf die gestrige Antrittsrede des wiedergewählten Reichstagspräsidenten Löbe eingehend, schreibt „Temps": Man darf sich in Deutschland nicht einbilden, daß es genügen wird, einen Sozialdemokraten als Reichskanzler zu berufen und Dr. Stresemann in der Wilhelmstraße zu belassen, damit die Alliierten Deutschland alle Zugeständnisse machen, ohne von ihm als Gegenleistung zuverlässige Garantien sowohl vom finanziellen Standpunkt als auch vom Standpunkt der Sicherheit aus zu erlangen. Die deutsche Oeffentlichkeit würde einen gefährlichen Irrtum begehen, wenn sie sich nicht darüber klar wäre, daß eine Neuregelung der Reparationsfrage naturnotwendig von der Regelung der interalliierten Schulden abhängt, bei der es nicht auf uns allein ankommt, und daß die vorzeitige Rückgabe des Rheinlandes nur dann ins Auge gefaßt werden kann, wenn das Reich alle seine Verpflichtungen erfüllt (!) und wenn die allgemeine Sicherheit dadurch nicht gefährdet wird.

Vierzehn gegen Einen

Nachträgliche Bemerkungen zur Ratstagung.

Von unserem Genfer Mg-Korrespondenten.

Während der letzten Ratstagung des Völkerbundes gab es ein einziges Ereignis, das sich aus dem Rahmen der üblichen Verhandlungen heraushob, ein Ereignis, wie es nicht allzu häufig in der von unaufrichtiger Liebenswürdigkeit geschwängerten Atmosphäre von Genf vorkommt. Bekanntlich müssen, mit Ausnahme ganz weniger Fälle, alle Beschlüsse des Rates mit Einstimmigkeit erfolgen. Dieses Mal jedoch gelang das einmal nicht: Woldemaras, als Vertreter des kleinen litauischen Staates, wagte es, durch starres Festhalten an seinem Standpunkte eine Entschließung zu Fall zu bringen, die Chamberlain höchstselbst vorgeschlagen hatte, Chamberlain, der in Abwesenheit von Stresemann und Briand diesmal mit einer gewissen entkehlaften Herablassung der eigentliche Leiter der Ratssitzungen war. Allen Anwesenden wird es unvergeßlich sein, wie in der trotz sommerlicher Hitze mit Neugierigen überfüllten Glasveranda des Völkerbundhauses der kleine Mann aus Kowno Stunden und Stunden, vormittags und nachmittags, um sein Recht kämpfte. Wir haben auf Grund früherer und leider auch neuester Vorkommnisse in Memel keine Ursache, Herrn Woldemaras und dem Staate, den er vertritt, übertriebene Sympathie entgegenzubringen, aber hier handelte es sich nicht nur um den vorliegenden Fall als solchen, sondern um ein Prinzip; hier handelte es sich darum, ob allem Brauch zum Trotz der Abgesandte einer kleinen machtlosen Nation es wagen darf, einer Versammlung die Stirne zu bieten, in der die ausschlaggebenden Großmächte ihren Willen durchzusetzen gewohnt sind. Darum erwarb sich Woldemaras die Sympathie all derer, die selbst in machtloser Lage oft genug mit ansehen mußten, wie im Zeichen des Völkerbundes das Recht der Schwachen von den Stärkeren vergewaltigt wurde. Es bleibe dahingestellt, ob das Verhalten des litauischen Ministerpräsidenten politisch klug und richtig war, ob er nicht vielleicht der Zukunft seines Landes besser gedient hätte, wenn er den tatsächlichen Machtverhältnissen in anderer Weise Rechnung getragen hätte, es bleibt dennoch der Kampfwille dieses Mannes als Verdienst bestehen.

Neben all den Diplomatenerscheinungen aus Europa, Süd- und Nord-Amerika und Asien wirkte Woldemaras, seinem Professortitel zum Trotz, mit seiner gedrungenen Gestalt, seinem eigenwilligen, grob geschnittenen Kopf und seiner stoßweisen, umständlichen Redeweise wie ein Bauer. Aber trotz aller Ermahnungen und taktischen Winkelzüge der viel erfahreneren vierzehn Staatsleute, die im Rate sitzen, ließ sich dieser Bauer nicht unterkriegen, ja, er versand es, über die Vertretung des eigenen Standpunktes hinaus den darüber höchlichst erstaunten Ratsmitgliedern Belehrungen über die Geschäftsordnung und das anzuwendende Verfahren zu erteilen. Und als schließlich Chamberlain einen Antrag formulierte, der scheinbar in der Form den Wünschen des Herrn Woldemaras stark entgegenkam, dem Inhalte nach aber von ihm abgelehnt werden mußte, da mußte der kolumbianische Ratsspräsident einen nach dem andern befragen, und jeder von ihnen nickte zustimmend oder sprach das erwartete „oui", bis schließlich als Letzter Herr Woldemaras energisch den Kopf schüttelte und alle aufgewandte Mühe vergeblich machte.

Es kann und jedoch hier nicht nur darauf ankommen, die an sich gewiß erstaunliche Tatsache festzustellen, daß es dem Vertreter eines Zweimillionenvolkes gelang, sich dem Willen einer Versammlung entgegenzustellen, hinter der allein an europäischen Völkern etwa 250 Millionen Menschen stehen, vielmehr ist es für uns von Interesse, die Hintergründe dieser Verhandlungen etwas zu betrachten, und es fragt sich, woher es denn eigentlich kommt, daß sowohl der holländische Berichterstatter, als auch Chamberlain, schließlich vor allem Paul-Boncour dem kleinen Woldemaras mit einer Schärfe und Einseitigkeit zusetzten, wie man sie im Völkerbund, der auch sonst nicht gerade immer sehr dem Gerechtigkeitsempfinden entspricht, kaum jemals erlebt hat. Verstieg sich doch Paul-Boncour sogar dazu, eine Art ultimativer Forderung aufzustellen, gegen die sich dann sogar der Holländer zu wenden genötigt sah, nachdem vorher schon der deutsche Vertreter die allzu scharfen französischen Ausfälle abzuschwächen versucht hatte. Aber es blieb auch so wahrlich genug an Schärfe übrig, und der Ausspruch des Holländers

Die vorliegende Zeitung enthält die Beilage

Der deutsche Beamte

(Nr. 24)